



KUNDMACHUNGEN

Abfallverband Pinzgau
Kundmachung

Gemäß § 9 (4) des Salzburger Gemeindeverbände-
gesetzes wird kundgemacht, dass Herr **Bgm. Peter Pa-
dourek** M.A., Zell am See zum **Verbandsobmann** und
Herr **Bgm. Manfred Gaßner**, Kaprun zum **Obmannstell-
vertreter** bestellt wurde.

Zell am See, am 17.07.2014
Der Verbandsobmann
Bgm. Peter Padourek M.A.

Amt der Salzburger Landesregierung
Abteilung 6

Zahl: 2061-67/1/176-2014

Verlautbarung

Gemäß § 3 der Grundqualifikations- und Weiterbil-
dungsverordnung – Berufskraftfahrer - GWB idgF wird
verlautbart, dass die Prüfungen über die Grundqualifika-
tion für Lenker

- gemäß § 19 a Güterbeförderungsgesetz idgF für Len-
ker von Kraftfahrzeugen für die gewerbsmäßige Beför-
derung von Gütern

am **28.10. und 29.10.2014** beim Amt der Salzburger
Landesregierung, in der Fanny-von-Lehnert-Str. 1, 10.
Stock, Zimmer-Nr. 1004, stattfinden.

Anmeldungen zur Prüfung sind bis spätestens **16.9.2014**
beim Amt der Salzburger Landesregierung, Fachabtei-

lung 6/1, Referat 6/14, Michael-Pacher-Straße 36, 5020
Salzburg, einzubringen.

Salzburg, am 21.07.2014
Für den Landeshauptmann
Sylvia Holzer

VERORDNUNGEN

Tourismusverband Muhr

Verordnung

**des Tourismusverbandes Muhr
über die Festsetzung der Höhe der allgemeinen Ortstaxe**

Auf Grund des § 5 Abs 1 Z 1 und Abs 2 des Salzbur-
ger Ortstaxengesetzes 2012, LGBl Nr. 106/2012, wird
im Zusammenhalt mit den §§ 10 Abs 3, 11 lit h, 12 Abs
4 sowie 16 Abs 1 Z 7 und Abs 3 des Salzburger Tou-
rismusgesetzes 2003, LGBl Nr. 43/2003, zuletzt geän-
dert durch LGBl Nr. 108/2012, und nach Einholung der
Stellungnahme der Gemeindevertretung der Gemeinde
Muhr, auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung
des Tourismusverbandes vom 12.03.2014 verordnet:

Höhe der allgemeinen Ortstaxe

§ 1

Die Höhe der allgemeinen Ortstaxe beträgt für jede orts-
taxenpflichtige Nächtigung in der Gemeinde Muhr € 1,--.

Inkrafttreten

§ 2

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.

Muhr, am 02.06.2014
Für die Vollversammlung des Tourismusverbandes
Die Vorsitzende
Obfrau Kornelia Gfrerer

Amt der Salzburger Landesregierung
Abteilung 11

Zahl: 21101-GEN/833/6-2014

Verordnung

der Salzburger Landesregierung vom 3.4.2014 über die Bildung des Gemeindeverbandes „Gemeindeverband Seniorenwohnhaus Pfarrwerfen/Werfenweng“.

Aufgrund des § 3 Abs 3 des Salzburger Gemeindeverbändegesetzes LGBl. Nr. 105/1986 idgF wird verordnet:

Der Bildung des Gemeindeverbandes „Gemeindeverband Seniorenwohnhaus Pfarrwerfen/Werfenweng“ wird die Genehmigung erteilt.

Salzburg, am 15.05.2014
Für die Landesregierung
Der Landeshauptmann
Dr. Wilfried Haslauer

FLÄCHENWIDMUNGEN

Gemeinde Wals-Siezenheim
Kundmachung

1. Gemäß § 68 i.V.m. § 67 Abs. 5 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 2009 – ROG 2009, LGBl.Nr. 30/2009 i.d.g.F., wird kundgemacht, dass der Entwurf der Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wals-Siezenheim für den **Bereich „Knoten B1 Wiener Straße / L114 Großmainer Landesstraße“**, vier Wochen lang beginnend ab Verlautbarung in der Salzburger Landeszeitung im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufliegt. Auf Grund der durchgeführten Prüfungen (Ausschlusskriterien und Umwelterheblichkeit) wurde festgestellt, dass keine Umweltprüfung erforderlich ist.

2. Träger öffentlicher Interessen, sowie Personen, die ein Interesse glaubhaft machen, sind berechtigt, innerhalb der Auflagefrist begründete schriftliche Einwendungen vorzubringen. Die Einwendungen sind durch geeignete

Unterlagen so zu belegen, dass eine einwandfreie Beurteilung möglich ist.

3. Eine Aufnahme von unverbauten Flächen in den Flächenwidmungsplan kann nur erfolgen, wenn eine Nutzungserklärung abgegeben wird. Für Nutzungserklärungen ist das durch Verordnung der Salzburger Landesregierung festgelegte Formular zu verwenden (§ 29 Abs. 1 ROG 2009). Entsprechende Formulare liegen bei der Gemeinde auf.

Beginn der Kundmachung 05.08.2014

Ender der Kundmachung 02.09.2014

Wals-Siezenheim, am 17.07.2014
Der Bürgermeister:
Joachim Maislinger

Gemeinde Bürmoos
Kundmachung

1. Gemäß § 68 i.V.m. § 67 Abs. 5 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 2009 - ROG 2009, LGBl.Nr. 30/2009 i.d.g.F., wird kundgemacht, dass der Entwurf der Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Bürmoos einschließlich des Entwurfes des Bebauungsplanes der Grundstufe für den **Bereich ‚Zehmemoos - Feichtlbauer 02‘** vier Wochen lang beginnend ab dem 5.8.2014 im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufliegt. Auf Grund der durchgeführten Prüfungen (Ausschlusskriterien und Umwelterheblichkeit) wurde festgestellt, dass keine Umweltprüfung erforderlich ist.

2. Träger öffentlicher Interessen, sowie Personen, die ein Interesse glaubhaft machen, sind berechtigt, innerhalb der Auflagefrist begründete schriftliche Einwendungen vorzubringen. Die Einwendungen sind durch geeignete Unterlagen so zu belegen, dass eine einwandfreie Beurteilung möglich ist.

3. Eine Aufnahme von unverbauten Flächen in den Flächenwidmungsplan kann nur erfolgen, wenn eine Nutzungserklärung abgegeben wird. Für Nutzungserklärungen ist das durch Verordnung der Salzburger Landesregierung festgelegte Formular zu verwenden (§ 29 Abs. 1 ROG 2009). Entsprechende Formulare liegen bei der Gemeinde auf.

Bürmoos, am 23.07.2014
Der Bürgermeister
Peter Eder

Gemeinde Strobl
Kundmachung

1. Gemäß § 68 i.V.m. § 67 Abs. 5 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 2009 - ROG 2009, LGBl.Nr. 30/2009 i.d.g.F., wird kundgemacht, dass der Entwurf der Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Strobl einschließlich des Entwurfes des Bebauungsplanes der Grundstufe für den **Bereich ‚Langensteiner Wiese - Familie Schiendorfer‘** vier Wochen lang beginnend ab dem 5.8.2014 im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufliegt. Auf Grund der durchgeführten Prüfungen (Ausschlusskriterien und Umwelterheblichkeit) wurde festgestellt, dass keine Umweltprüfung erforderlich ist.

2. Träger öffentlicher Interessen, sowie Personen, die ein Interesse glaubhaft machen, sind berechtigt, innerhalb der Auflagefrist begründete schriftliche Einwendungen vorzubringen. Die Einwendungen sind durch geeignete Unterlagen so zu belegen, dass eine einwandfreie Beurteilung möglich ist

3. Eine Aufnahme von unverbauten Flächen in den Flächenwidmungsplan kann nur erfolgen, wenn eine Nutzungserklärung abgegeben wird. Für Nutzungserklärungen ist das durch Verordnung der Salzburger Landesregierung festgelegte Formular zu verwenden (§ 29 Abs. 1 ROG 2009). Entsprechende Formulare liegen bei der Gemeinde auf.

Strobl, am 24.07.2014
Der Bürgermeister
Josef Weikinger

Berichte des Landesrechnungshofes

Gebarung Salzburg Research Forschungsgesellschaft mbH und Rechnungsabschluss 2013 des Landes Salzburg

In seiner Sitzung am 2. Juli 2014 nahm der Landtag die Berichte des Landesrechnungshofes zur Kenntnis. Die Berichte wurden in den Sitzungen des Finanzüberwachungsausschusses am 18. Juni 2014 und am 25. Juni 2014 vorberaten und dabei dem Landtag zur Annahme empfohlen.

Gebarung Salzburg Research Forschungsgesellschaft mbH

Die Landtagsfraktion DIE GRÜNEN beauftragte den LRH im Dezember 2011 mit einer Prüfung der Salzburg Research Forschungsgesellschaft mbH – in weiterer Folge kurz SRFG genannt. Der LRH legte im September 2013 einen ersten Prüfbericht vor. Im nunmehr vorliegenden zweiten Berichtsteil wird primär auf die Darstellung von Unternehmenskennzahlen für den Zeitraum 2005 bis 2012 und die Gebarungsprüfung der Jahre 2010 bis 2012 eingegangen.

Bei der Analyse der Unternehmenskennzahlen für den Zeitraum 2005 bis 2012 stellte der LRH folgendes fest:

- Das working capital war jeweils positiv und erhöhte sich von rund 262.000 Euro im Jahr 2005 auf rund 1,3 Millionen Euro im Jahr 2012. Dies hängt wesentlich mit der guten Ergebnisentwicklung des Unternehmens und der verbesserten Finanzierungsstruktur der Forschungsprojekte zusammen.
- Das Eigenkapital stieg mit Ausnahme des Jahres 2011 stetig.
- Das EGT war mit Ausnahme des Jahres 2011 jeweils positiv. Die Schwankungen des EGT hängen vor allem damit zusammen, in welchem Ausmaß die Arbeitszeit der Mitarbeiter im Rahmen von Projekten weiterverrechnet werden konnte und in welcher Höhe die SRFG Eigenmittel für die Ausfinanzierung von Projekten zur Verfügung stellen musste.
- Die Anzahl der Mitarbeiter in VZÄ erhöhte sich von 54,3 VZÄ im Jahr 2005 auf 65,6 VZÄ im Jahr 2010. Nach einem Rückgang im Jahr 2011 stieg der Personalstand im Jahr 2012 auf 62,6 VZÄ.

In den Jahren 2010 bis 2012 lag die Betriebsleistung zwischen 4,8 Mio. Euro und 6,2 Mio. Euro. Der überwiegende Teil stammt aus Beiträgen von EU, Bund und Land, der Finanzierungsanteil des Landes lag jeweils über 30 %. Die betrieblichen Aufwendungen lagen zwischen 5,0 Mio. Euro und 6,0 Mio. Euro, davon entfielen auf den Personalaufwand zwischen 3,9 und 4,4 Mio. Euro. Schwankungen im EGT wurden durch Auflösung und Bildung der Gewinnrücklage ausgeglichen. Der LRH bewertet die Vermögenslage der SRFG als zufriedenstellend.

Das Land Salzburg gewährte der SRFG im Zeitraum 2010 bis 2012 Förderungen in Höhe von insgesamt rund 5,6 Mio. Euro. Rund 4,5 Mio. Euro entfielen auf die sogenannte Basisfinanzierung und rund 0,9 Mio. Euro auf Projektförderungen.

Zudem enthält der Bericht des LRH folgende Feststellungen und Empfehlungen:

Das in der SRFG verwendete ERP-System für Buchhaltung und Projektabwicklung bietet auch eine Anbindung an das Dienstzeiterfassungssystem sowie zahlreiche Abfrage- und Analysemöglichkeiten. Damit steht der SRFG ein umfassendes und anwenderorientiertes Instrument für die Steuerung und Überwachung des Unternehmens zur Verfügung.

Der LRH beurteilt die Budgeterstellung - insbesondere im Hinblick auf die Aufbereitung der zu Grunde gelegten Daten - positiv. Die Abweichungen der Istwerte von den budgetierten Werten sind auf Basis einer detaillierten Analyse jeweils nachvollziehbar. Der LRH empfiehlt, in das Budget auch die geplanten Investitionen aufzunehmen. Zudem ist die Grenze für zustimmungspflichtige Investitionen im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung für den AR einheitlich zu regeln.

Der LRH stellt fest, dass insbesondere bei leitenden Angestellten Überzahlungen zum Forschungs-KV gewährt wurden. Auch die in der Betriebsvereinbarung vorgesehene optionale Anwendung des VPI für die jährliche Gehaltsanpassung stellt eine Besserstellung gegenüber dem Forschungs-KV dar.

Die im geprüften Zeitraum von der SRFG vorgelegten Nachweise dokumentieren ausreichend die widmungsgemäße Verwendung der Basisfinanzierung. Auf weitere in der Fördervereinbarung vorgesehene detaillierte Nachweise wurde mit dem Hinweis auf den Umfang der Darstellung und der Möglichkeit der Einsichtnahme vor Ort von der Förderstelle verzichtet. Der LRH empfiehlt den „Förderungsvertrag für die Basisfinanzierung“ zu überarbeiten und insbesondere den Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung praxisorientiert zu regeln.

Der LRH bemängelt, dass die Basisfinanzierung im Rechnungswesen des Landes auf einem Haushaltsansatz verbucht wurde, der den Pflichtausgaben zugerechnet wird und daher nicht im Subventionsbericht aufscheidet. Die aufgrund einer jährlichen Fördervereinbarung gewährte Basisfinanzierung liegt im Ermessen des Landes und ist daher als Förderung im Subventionsbericht zu erfassen. Weiters entspricht die buchhalterische Abwicklung der im Rahmen des Sonderimpulsprogrammes für die SRFG zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro nicht der VRV. Davon wurde ein Betrag von insgesamt 471.443,77 Euro nicht verbraucht, in den Subventionsberichten der Jahre 2009 und 2010 jedoch fälschlicherweise als Förderung an die SRFG ausgewiesen.

Das Amt der Salzburger Landesregierung und die Geschäftsführung der SRFG teilten in ihren Gegenäußerungen mit, dass einzelne Empfehlungen des LRH bereits umgesetzt wurden.

Rechnungsabschluss 2013 des Landes Salzburg

Der LRH prüfte den Rechnungsabschluss (RA) des Landes für das Rechnungsjahr 2013. Die Prüfung bezog sich vor allem auf die Haushaltsrechnung, den Kassenabschluss und die geforderten Nachweise. Die Haushalts- und Finanzsituation des Landes Salzburg wurde analysiert. Der LRH stellte dabei mehrere Mängel fest. Zudem empfahl der LRH einzelne Bereiche des RA transparenter und aussagekräftiger darzustellen. Die vollständige Aufarbeitung der Finanzcausa konnte nicht wie ursprünglich vorgesehen im Jahr 2013 abgeschlossen werden, dies kann laut Gegenäußerung des Amtes der Salzburger Landesregierung erst im Jahr 2014 erfolgen.

Die Leiterin der Landesbuchhaltung gab keine Vollständigkeitserklärung ab, da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass auf dezentral geführten Konten Geldbestände vorhanden sind, die eigentlich dem Landesvermögen zuzurechnen wären. Eine Überprüfung der Vollständigkeit sei frühestens im RA für das Jahr 2014 möglich. Von den Bezirksbuchhaltungen wurden dem LRH Vollständigkeitserklärungen vorgelegt.

Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen sowie des außerordentlichen Haushalts betragen insgesamt rund 4,5 Mrd. Euro und lagen um 70 % oder 1,9 Mrd. Euro über dem VA. Diese Überschreitung resultiert vor allem aus der Bruttodarstellung der Einnahmen und Ausgaben in Zusammenhang mit dem Abbau des Finanzportfolios. Das Landeshaushaltsgesetz 2013 enthielt die Ermächtigung, die Einnahmen und Ausgaben des

Finanzmanagements als Saldo voranschlagswirksam zu verrechnen; diese Ermächtigung wurde nicht beansprucht. Von den gesamten Ausgaben entfielen 3.741,2 Mio. Euro bzw. 82,3 % auf Pflichtausgaben und 806,6 Mio. Euro bzw. 17,7 % auf Ermessensausgaben.

Die Finanzschulden des Landes verminderten sich im Jahr 2013 von 3,5 Mrd. Euro auf 2,2 Mrd. Euro. Es wurden Darlehen mit einem Nominale von 1,4 Mrd. Euro getilgt und Darlehen in Höhe von 100 Mio. Euro aufgenommen. Der Wertpapierbestand verminderte sich von 1,4 Mrd. Euro auf 62,7 Mio. Euro, die Derivate verringerten sich von 451 Mio. Euro auf einen negativen Bestand von 8,4 Mio. Euro. Der Überschuss aus der Abwicklung des Finanzmanagements im Jahr 2013 betrug rund 151,5 Mio. Euro, darin sind neben den Einnahmen aus Verkäufen und Ausgaben für Tilgungen insbesondere auch Zinseinnahmen und -ausgaben enthalten.

Der LRH kritisiert, dass die Einnahmen im ordentlichen Haushalt um insgesamt 90,7 Mio. Euro zu hoch und die Ausgaben um 6 Mio. Euro zu niedrig ausgewiesen sind. Folglich wurde die Haushaltsrücklage um 96,7 Mio. Euro zu hoch gebildet. Die fehlerhaft verbuchten Einnahmen betreffen dargestellte Darlehensaufnahmen (89,8 Mio. Euro) und Kursdifferenzen (0,9 Mio. Euro), bei den Ausgaben wurden unrichtige Buchungen bei Darlehenstilgungen festgestellt. Bei richtiger Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben würde die Haushaltsrücklage anstatt 562,7 Mio. Euro lediglich 466 Mio. Euro betragen. Die Zuführung zur Haushaltsrücklage in Höhe von 174,9 Mio. Euro war nur teilweise durch einen Zahlungsmittelüberschuss in der Kassengebarung gedeckt; dieser betrug lediglich 66 Mio. Euro. Die geprüfte Stelle erachtete die in Zusammenhang mit Darlehen kritisierten Buchungen als notwendig, da diese Darlehenstilgungen nicht den Haushaltsausgleich belasten sollten, auch hätte dies der kameralen Gepflogenheit entsprochen. Für den LRH sind diese Argumente nicht schlüssig.

Der LRH kritisiert die intransparente Darstellung des Vorschusskontos Finanzmanagement. So wurde der Saldo aus der Abwicklung des Finanzmanagements des Jahres 2012 mit Bereinigungsbuchungen des Jahres 2013 vermischt. In der Folge wurde der aus der Aufarbeitung der Finanzcausa im Jahr 2012 auf diesem Konto entstandene Saldo von 319,5 Mio. Euro nicht wie vorgesehen aufgelöst, sondern auf 666,6 Mio. Euro erhöht.

Der LRH kritisiert, dass vom Rücklagenkonto „Abwicklung der durchlaufenden Gebarung“ in Höhe von 167,8 Mio. Euro ein Betrag von rund 1,1 Mio. Euro entnommen wurde. Diese Rücklage war im Vorjahr im Zuge der voranschlagswirksamen Verrechnung des

Finanzmanagements aus haushaltstechnischen Gründen gebildet worden und sollte mit dem Vorschusskonto Finanzmanagement verrechnet werden.

Der im RA ausgewiesene Kassenbestand war mit 499,7 Mio. Euro positiv. Er enthält die „Festgeldkonten Veranlagung Wohnbau“ in Höhe von 320 Mio. Euro sowie Bestände auf Girokonten in Höhe von 179,7 Mio. Euro. Das Girokonto mit den Rücklagen in Höhe von 341,8 Mio. Euro ist Teil eines Kontenverbundes, die Rücklagen sind daher nur eingeschränkt verfügbar. Der LRH wiederholt seine Forderung, den Kassenabschluss in Zukunft zu einem einheitlichen Stichtag (31. Dezember) zu erstellen. Dazu dürfen im Auslaufzeitraum grundsätzlich keine Geldbewegungen (Ist-Buchungen) mehr auf Rechnung des abgelaufenen Jahres stattfinden. Dies stellt eine wesentliche Voraussetzung dar, um den Kassenbestand mit vertretbarem Aufwand verifizieren zu können. Auch sollten die Konten und Geldbestände der Bezirkshauptmannschaften und Betriebe in den Kassenbestand einbezogen werden.

Der vorläufige RA wurde dem LRH nicht wie gesetzlich vorgesehen am 1. April, sondern erst am 7. April 2014 vorgelegt. Die Differenzbegründungen lagen bis zum Abschluss der Prüfung nicht vor. Sie sollten künftig so rechtzeitig zur Verfügung stehen, dass sie in die RA-Prüfung miteinbezogen werden können.

Zudem enthält der Bericht des LRH folgende Feststellungen und Empfehlungen:

- Im Zuge der Umstellung auf ein neues Buchhaltungssystem soll eine Buchhaltungsordnung einschließlich Kassenvorschriften als Teil eines Internen Kontrollsystems erarbeitet werden.
- Die in den Beilagen zum RA enthaltene Vermögensrechnung mit der „bilanzmäßigen“ Darstellung des Vermögens und der Schulden des Landes ist wie in den Vorjahren wenig aussagekräftig; auch fehlen Erläuterungen.
- Die Empfehlung des LRH aus dem Vorjahr, gemäß den Bestimmungen der VRV größere offene Posten zu erläutern, wurde bisher nicht umgesetzt.
- Die in den Beilagen zum RA ausgewiesenen Ausgaben für die Salzburg-Anleihe stimmen nicht mit den Buchungen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt überein.

- Anweisende Stellen hatten der Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit in Einzelfällen zu geringe Bedeutung beigemessen.
- Der Rücklagennachweis stimmt nicht mit den Buchungen im ordentlichen Haushalt überein. Rücklagenzuführungen in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro und Rücklagenentnahmen in der Höhe von 1,5 Mio. Euro sind nicht als solche im ordentlichen Haushalt gebucht, sondern als „Sachausgaben Ermessen“ oder als „Einnahmen mit Zweck-widmung“ ausgewiesen. In den Beilagen des vorläufigen RA 2013 fehlt eine Liste der Rücklagen nach Ressorts, wie sie der Landtag in einem Entschließungsantrag gefordert hatte.
- Die Informationen über Art des Darlehens sowie Darlehensgeber im Nachweis über den Schuldenstand und Schuldendienst sind unzureichend.
- Die in der Überleitungstabelle zur Berechnung des Finanzierungssaldos gemäß ESVG 95 bisher unberücksichtigten Finanzierungssalden für die sonstigen außerbudgetären Einheiten sowie für die Landeskammern sollten zukünftig ausgewiesen werden. Dazu hat die Finanzabteilung die Jahresergebnisse der betreffenden Einheiten vor Fertigstellung des RA einzuholen.
- Die im RA ausgewiesenen Haftungen betragen zum 31. Dezember 2013 rund 1,8 Mrd. Euro. Die Summe der nach Risikoklassen gewichteten Haftungen liegt bei rund 285 Mio. Euro, das entspricht einem Ausnützungsgrad von rund 56 % der gemäß Finanzrahmengesetz zulässigen Haftungsobergrenze. Für die Berechnung der Haftungsobergrenze sind künftig die endgültigen Werte des RA heranzuziehen.
- Bei der nachträglichen Erfassung bereits bestehender gegebener Darlehen über das Kapitalkonto wurde nicht berücksichtigt, dass die ursprünglichen Auszahlungen überwiegend zu Lasten der voranschlagsunwirksamen Gebarung erfolgt waren.
- Die im Jahresabschluss des SWBF ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Land stimmen nicht mit dem RA des Landes überein. Die Differenz in Höhe von 31,9 Mio. Euro betrifft eine Zahlung, die beim SWBF dem Rechnungsjahr 2013 und beim Land dem Rechnungsjahr 2014 zugeordnet wurde.

Das Amt der Salzburger Landesregierung sagte in der Gegenäußerung zu, Empfehlungen des LRH umzusetzen; dies betrifft beispielsweise die Rücklagengebarung, die Darstellung der Wertpapiere, den Nachweis der Salzburg Anleihe und den Kassenabschluss.

Die gesamten Personalausgaben (Landesverwaltung, Landeskliniken, Landeslehrer) erhöhten sich netto (bereinigt um Ersätze und Refundierungen) von rund 206,2 Mio. Euro im RA 2009 auf 220,4 Mio. Euro im RA 2013. Dies entspricht einer Steigerung von 7 % oder durchschnittlich 1,75 % pro Jahr. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die gesamten Nettopersonalausgaben des Landes um 2,9 Mio. Euro. Im Bereich der Landesverwaltung betragen im Jahr 2013 die Aktivbezüge aller Bediensteten 154,3 Mio. Euro und waren damit 0,8 Mio. Euro niedriger als budgetiert.

Zum Stichtag 31. Dezember waren laut Dienstpostenplan insgesamt gerundet 247 Dienstposten nicht besetzt; davon entfallen auf die Landesverwaltung gerundet 137 Dienstposten und auf die Landeslinik gerundet 110 Dienstposten.

Im Sinne der Transparenz und Klarheit sind die vom Bund an das Land refundierten Dienstgeberbeiträge für aktive, beamtete Lehrer nicht als Ersatz bei den Ruhebezügen sondern bei den Aktivbezügen zu vereinnahmen.

Der LRH fordert, wie auch schon in früheren Berichten, die Einhaltung der richtlinienkonformen Gliederung des Stellenplans im VA für den Bereich der Landeskliniken.

BILANZ ZUM 31.12.2013

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012	Passiva	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.247.188,41	11.657.122,97	I. Grundkapital	45.000.000,00	45.000.000,00
II. Sachanlagen	1.084.789.098,92	1.072.623.633,99	II. Kapitalrücklagen	9.861.087,56	9.861.087,56
III. Finanzanlagen	151.491.797,72	135.566.932,97	III. Gewinnrücklagen	310.528.049,68	294.105.735,07
	1.241.528.085,05	1.219.847.689,93	IV. Bilanzgewinn	22.560.400,00	16.762.000,00
B. Umlaufvermögen				387.949.537,24	365.728.822,63
I. Vorräte	63.952.269,54	68.459.575,66	B. Unversteuerte Rücklagen und Investitionszuschüsse	174.448.664,98	168.612.880,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	73.212.838,23	85.093.161,54	C. Baukostenzuschüsse	167.071.915,50	161.195.394,43
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	31.885.253,16	9.669.397,51	D. Rückstellungen	324.855.006,45	334.266.029,88
	169.050.360,93	163.222.134,71	E. Verbindlichkeiten	354.804.285,32	351.428.332,53
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.661.291,00	1.454.234,35	F. Rechnungsabgrenzungsposten	3.110.327,49	3.292.598,72
Summe Aktiva	1.412.239.736,98	1.384.524.058,99	Summe Passiva	1.412.239.736,98	1.384.524.058,99
			Haftungsverhältnisse	29.678.331,26	32.253.312,38

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

	2013	2012
1. Umsatzerlöse	1.363.423.166,76	1.477.137.061,77
2. Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen	13.387.752,51	14.096.056,79
3. sonstige betriebliche Erträge	30.284.410,11	22.303.920,37
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-1.056.617.676,38	-1.160.542.964,19
5. Personalaufwand (einschließlich Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben, Vorsorgen für Abfertigungen und Pensionen u. a.)	-167.783.080,96	-167.037.218,24
6. a. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-96.273.799,03	-94.765.520,63
b. Auflösung von Investitionszuschüssen	10.308.115,71	8.701.703,68
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-54.655.869,67	-53.606.140,71
8. Zwischensumme aus Z 1 bis Z 7	42.073.019,05	46.286.898,84
9. Erträge aus Beteiligungen	10.110.775,39	10.074.104,16
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.056.328,24	205.550,07
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	578.986,16	571.190,69
12. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	4.092,27	18.847,54
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-2.045.215,78	-8.642.634,69
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.024.039,59	-9.395.193,24
15. Zwischensumme aus Z 9 bis Z 14	680.926,69	-7.168.135,47
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	42.753.945,74	39.118.763,37
17. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
18. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
19. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
20. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5.406.573,87	-5.594.950,07
21. Jahresüberschuss	37.347.371,87	33.523.813,30
22. Auflösung unversteuerter Rücklagen	1.635.342,74	1.861.224,57
23. Auflösung von Gewinnrücklagen	0,00	0,00
24. Zuweisung zu unversteuerten Rücklagen	0,00	0,00
25. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-16.422.314,61	-18.623.037,87
26. Bilanzgewinn	22.560.400,00	16.762.000,00

ANHANG 2013 DER SALZBURG AG FÜR ENERGIE, VERKEHR UND TELEKOMMUNIKATION, SALZBURG
I. Anwendung der unternehmensrechtlichen Vorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des UGB in der geltenden Fassung aufgestellt.

Die Gesellschaft ist als große Gesellschaft gem. § 221 UGB einzustufen.

Im Interesse einer klaren Darstellung wurden in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten sind im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Gesellschaft ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen gem. § 244 UGB. Die Erstellung eines Konzernabschlusses ist wegen Unwesentlichkeit der einzubeziehenden Tochterunternehmen gem. § 249 Abs. 2 UGB nicht erforderlich.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Bei Vermögensgegenständen und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden.

Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Aufgrund der Umsetzung des Pachtmodells mit der Salzburg Netz GmbH sind einzelne Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Vorjahreszahlen nur eingeschränkt vergleichbar.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden, soweit diese entgeltlich erworben wurden, zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer aktiviert.

Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind oder wenn der zum Abschlussstichtag beizulegende Wert niedriger ist als der Buchwert.

Die angewandten Abschreibungssätze entsprechen den vom Verband der E-Werke Österreichs und vom Bundesministerium für Finanzen einvernehmlich festgesetzten Richtwerten.

Geringwertige Vermögensgegenstände wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen sowie noch nicht abrechenbare Leistungen umfassen neben den Einzelkosten auch angemessene Material-

und Fertigungsgemeinkosten. Auf die Ausübung des Bewertungswahlrechtes hinsichtlich Einbeziehung der sozialen Aufwendungen iSd § 203 Abs. 3 UGB wurde verzichtet. Fremdkapitalzinsen wurden wie im Vorjahr nicht in die Bewertung miteinbezogen.

Die Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Wert beizumessen war, mit diesem angesetzt. Zuschreibungen auf das Anlagevermögen wurden, soweit zulässig, nicht durchgeführt.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennbetrag angesetzt. Für erkennbare Risiken wurden Einzelwertberichtigungen gebildet. Forderungen in Fremdwährungen wurden zum Geldkurs des Entstehungstages oder zum niedrigeren Geldkurs des Bilanzstichtages bewertet. Die verbrauchsbedingte Abgrenzung bei Tarifkunden wird im Posten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bzw. falls keine verrechenbaren Forderungen bestehen als erhaltene Anzahlung ausgewiesen.

Das Unternehmen hat vom Aktivierungswahlrecht für latente Steuern gemäß § 198 Abs. 10 UGB idF des EU-GesRÄG keinen Gebrauch gemacht.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurden entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt. Für Abfertigungsverpflichtungen wurde nach finanzmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2,25 % (Vorjahr: 2,50 %) vorgesorgt. Für die Berechnung wurde das Teilwertverfahren angewandt.

Als den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen wurde für Jubiläumsgelder (entsprechend dem Kollektivvertrag) eine Rückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte mittels finanzmathematischem Verfahren unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssfußes von 2,25 % (Vorjahr: 2,50 %). Die Rückstellung wurde in voller erforderlicher Höhe dotiert.

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter der Anwendung der „Projected-Unit-Credit“-Methode gemäß IAS 19, unter Zugrundelegung der „AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte und eines Rechnungszinssatzes von 4,00 % (Vorjahr: 4,00 %), eines Pensionstrends von 2,50 % (Vorjahr: 2,50 %) sowie geplanten Gehaltssteigerungen von 3,00 % (Vorjahr: 3,00 %).

Als Pensionsantrittsalter wurde bei der Ermittlung der Rückstellungen der gesetzlich frühestmögliche Zeitpunkt angenommen.

Die in der Dotierung der Abfertigungs- und Pensionsrückstellung enthaltene Zinskomponente wurde unter der Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle am Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und deren Höhe oder Fälligkeit unsicher ist.

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Valutarische Kursdifferenzen aus Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden im Finanzergebnis ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz
Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des Anlagevermögens ist in Anlage 1 dargestellt.

Die in der Vergangenheit durchgeführten bilanziellen Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens konnten mittlerweile wertmäßig zur Gänze wieder aufgeholt werden. Bilanzielle Zuschreibungen wurden bislang nicht durchgeführt. Die kumulierten Abschreibungen sind im Anlagenspiegel ersichtlich. Daraus resultiert eine mögliche zukünftige Steuerbelastung in Höhe von 25 % der kumulierten Abschreibungen.

Als Nutzungsdauer wurden bei den jeweiligen Vermögensgegenständen branchenübliche Werte angesetzt.

Von den Ausleihungen in Höhe von EUR 15.867.753,31 entfallen EUR 11.118.785,00 auf verbundene Unternehmen und EUR 4.748.968,31 auf Beteiligungen. Die Ausleihungen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr betragen EUR 1.219.008,94 (Vorjahr: EUR 820.697,20), wovon EUR 762.430,00 (Vorjahr: EUR 601.000,00) auf verbundene Unternehmen und EUR 456.578,94 (Vorjahr: EUR 200.000,00) auf Beteiligungen entfallen.

Umlaufvermögen
Vorräte

	31.12.2013	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.783.813,26	18.753.494,11
Waren	45.133.242,00	49.571.083,00
Noch nicht abrechenbare Leistungen	1.035.214,28	134.998,55

Die Waren betreffen im Wesentlichen die Gasvorräte.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55.921.139,45	60.104.163,40
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	989.377,06	1.839.370,50
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	281.864,56	2.960.792,82
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.518.403,28	2.313.328,38
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	14.491.430,94	19.714.876,94
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	480.360,50	549.416,50

In den Sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen sind Erträge betreffend das Geschäftsjahr in Höhe von rund EUR 8,4 Mio. (Vorjahr: rund EUR 8,2 Mio.) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden. Es wurde keine Abzinsung vorgenommen.

Bei den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Leistungsverrechnungen.

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt EUR 45.000.000,00 und setzt sich aus 601.504 Stückaktien zusammen. Es hat sich somit gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Kapitalrücklagen

Die ausgewiesenen Kapitalrücklagen betreffen zur Gänze gebundene Kapitalrücklagen und resultieren aus der Verschmelzung mit der Salzburger Stadtwerke Aktiengesellschaft.

Gewinnrücklagen	31.12.2013	31.12.2012
Gesetzliche Rücklage	2.906.913,37	2.906.913,37
Andere Rücklagen	307.621.136,31	291.198.821,70

Unversteuerte Rücklagen und Investitionszuschüsse

	Stand 01.01.2013	Zugang Ü=Übertragung	Auflösung bzw. Abgang Ü=Übertragung	Stand 31.12.2013
Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen				
gemäß § 8 EStG 1972	3.157.472,22	0,00	-705.107,80	2.452.364,42
gemäß § 10a EStG 1988	31.299,00	0,00	0,00	31.299,00
gemäß § 7a EStG 1988	40.392.357,50	0,00	-731.038,94	39.661.318,56
gemäß § 12 EStG 1988	11.667.293,75	0,00	-199.196,00	11.468.097,75
Unversteuerte Rücklagen	55.248.422,47	0,00	-1.635.342,74	53.613.079,73
Investitionszuschüsse	113.364.458,33	18.118.242,63	-10.647.115,71	120.835.585,25
		18.118.242,63	-12.282.458,45	
	168.612.880,80	Ü 0,00	Ü 0,00	174.448.664,98

Die Entwicklung der Unversteuerten Rücklagen und Investitionszuschüsse entsprechend den Posten des Anlagevermögens ist in den Anlagen 2 und 3 angeführt. In den Investitionszuschüssen sind vor allem Zuschüsse aus dem Verkehrsbereich und die Fernwärmeförderung für Erzeugungsanlagen enthalten. Die Investitionszuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer der zugehörigen Anlagen aufgelöst, die Auflösung wird offen mit den Abschreibungen saldiert.

Baukostenzuschüsse

Darin enthalten sind im Wesentlichen die anlässlich der Neuerrichtung und der Erweiterung von Kundenanschlüssen eingehobenen Baukostenzuschüsse. Diese werden analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens aufgelöst. Darüber hinaus sind noch Baukostenzuschüsse zu anderen Anlagen enthalten.

Rückstellungen	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen für Abfertigungen	31.954.308,00	30.060.585,00
Rückstellungen für Pensionen	207.092.902,00	214.633.273,00
Steuerrückstellungen	554.000,00	6.120.000,00
Sonstige Rückstellungen	85.253.796,45	83.452.171,88

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Vorsorgen für Vorruhestandsbezüge, nicht verbrauchte Urlaube und Zeitguthaben, noch nicht fällige Urlaubsgeldzahlungen, Jubiläumsgelder (entsprechend dem Kollektivvertrag) und Vorsorgen für Entschädigungsleistungen, Stromlieferungsverpflichtungen, Schadensbehebungen, drohende Rückzahlungsverpflichtungen sowie Drohverluste.

Verbindlichkeiten	31.12.2013	31.12.2012
Anleihen	35.000.000,00	42.267.283,42
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	0,00	7.267.283,42
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	173.587.337,13	156.646.463,25
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	32.692.218,16	39.266.390,84
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	83.160.326,52	50.970.788,59
Erhaltene Anzahlungen	716.073,29	679.702,29
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	716.073,29	679.702,29
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	75.444.089,40	87.860.458,60
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	75.444.089,40	87.860.458,60
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	27.986.238,16	13.342.066,66
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	27.986.238,16	13.342.066,66
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.948.753,37	4.830.990,89
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	8.948.753,37	4.830.990,89
Sonstige Verbindlichkeiten	33.121.793,97	45.801.367,42
- davon aus Steuern	18.442.025,31	27.050.643,93
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	4.523.389,18	5.046.882,28
- davon mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	32.266.679,32	45.192.347,48
- davon mit Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	0,00	0,00

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen betreffend das Geschäftsjahr in Höhe von rund EUR 6,4 Mio. (Vorjahr: rund EUR 10,3 Mio.) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Leistungsverrechnungen. Dingliche Sicherheiten (z.B. Eigentumsvorbehalte) bestehen im Ausmaß von etwa EUR 2,8 Mio. (Vorjahr: EUR 3,3 Mio.).

Haftungsverhältnisse

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Haftungsverhältnissen in Höhe von EUR 29.678.331,26 (Vorjahr: EUR 32.253.312,38) handelt es sich um Haftungen für Kredite von Dritten (Bürgschaft Wasserverband Salzburger Becken und Trianel GmbH), Patronatserklärungen sowie um sonstige Verpflichtungen gegenüber Lieferanten sowie für Kredite an verbundene Unternehmen über EUR 17.486.899,21 (Vorjahr: EUR 20.499.538,70).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Derivate

Zinsswaps werden zur Absicherung von fix und variabel verzinsten langfristigen Krediten und Anleihen abgeschlossen. Liegt eine Bewertungseinheit in Form eines „micro hedge“ vor, ist das Derivat am Bilanzstichtag nicht gesondert zu bewerten. Bewertungsobjekt ist vielmehr das abgesicherte Grundgeschäft (bilanzierter Kredite beziehungsweise Anleihe als „cashflow hedge“) zusammen mit dem Derivat (Zinsswap, sofern als Sicherungsinstrument geeignet).

Am 16.06.2005 wurde ein Zinsswap in Höhe von EUR 20,0 Mio. mit einer Laufzeit bis 29. April 2015 abgeschlossen. Die Bewertung dieses Zinsswaps ergibt einen Fair-Value von EUR -1,2 Mio. (Vorjahr: EUR -1,7 Mio.).

Am 9.2.2009 wurde ein Zinsswap mit einer Laufzeit von Dezember 2009 bis Dezember 2014 abgeschlossen. Dieser hat sich bis Dezember 2013 auf EUR 15,0 Mio. reduziert. Der Fair Value dieses Geschäftes beträgt per 31.12.2013 EUR -0,4 Mio. (Vorjahr: EUR -1,2 Mio.).

Sämtliche Derivate dienen ausschließlich der Absicherung bestehender variabler Grundgeschäfte, mit denen sie eine Bewertungseinheit bilden. Daher waren sie zum 31.12.2013 nicht zu bilanzieren.

Im Bereich des Energiehandels wurden variable Gasbezugspreise über Kohle- und Gashedges mit einer Restlaufzeit von bis zu zwei Jahren abgesichert. Die Bewertung der Hedges erfolgte auf Basis einer Barwertberechnung (Summe der Cash Flows aus der Gegenüberstellung der fixen und variablen Zahlungsströme), der Fair-Value beträgt rund EUR 0,18 Mio. (Vorjahr: EUR 2,1 Mio.). Per Bilanzstichtag wurde bei Öl eine Menge von etwa 77.839 Tonnen (Fair-Value: EUR 0,05 Mio.; Vorjahr: -1,9 Mio. EUR), bei Kohle eine Menge von etwa 158.954 Tonnen (Fair-Value: EUR 0,08) und bei Gas eine Menge von etwa 1.511.058 MWh (Fair-Value: EUR 0,05 Mio.; Vorjahr: EUR 0,2 Mio.) gehedged. Großteils wurden die Absicherungsgeschäfte für Kunden durchgeführt. Es bestehen deckungsgleiche Absatzgeschäfte, eine systemtechnische Abbildung bzgl. Laufzeit, Produkt und Höhe ist gegeben, woraus die Effektivität dieser Sicherungsinstrumente nachgewiesen ist. Die Bewertungseinheit liegt hier in Form eines „portfolio hedge“ vor, wobei die Absicherung in Form von „cashflow hedges“ erfolgte.

Bereits 2013 erfolgten Zahlungsflüsse in Höhe von EUR 46.400,71 (Vorjahr: EUR 189.789,15) aus Gaspreissicherungsgeschäften, die die Folgeperiode betreffen. Diese wurden über die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten abgezinst.

Auf Grund dessen, dass bei sämtlichen Derivaten Bewertungseinheiten mit Krediten, Anleihen bzw. Energieliefergeschäften bestehen, sind diese nicht zu bilanzieren.

Des Weiteren bestehen Strom-Forwards, die der Beschaffung der Stromlieferungsverpflichtungen an Kunden dienen. Auf diese Weise wurde der Bedarf an Strom für das Jahr 2014 bereits weitgehend gedeckt genauso wie Teile des Strombedarfs der Jahre 2015 und 2016.

CO₂-Zertifikate

Mit Bescheiden vom 23.12.2013 sowie 27.12.2013 wurden der Salzburg AG für die Anlagen HKW Mitte und HKW Nord für das Kalenderjahr 2013 insgesamt 99.262 Stück Emissionszertifikate unentgeltlich zugeteilt. Die

Kurse der Zertifikate zu den Zuteilungstichtagen (7.1.2014 für HKW Mitte und 28.1.2014 für HKW Nord) betragen 4,76 EUR/t bzw. 5,6 EUR/t, der Gesamtwert der CO₂-Zertifikate war somit EUR 500.000,00. Im Jahresabschluss 2013 erfolgte kein Ansatz der Gratiszertifikate als Aktiv- bzw. Passivposten.

Die zum 31.12.2013, aus Zukäufen resultierenden, im Bestand befindlichen Zertifikate (427.964 Stück EUAs) werden in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Die Bewertung dieser Zertifikate erfolgt entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip entweder zum Anschaffungskurs oder zum niedrigeren Börsenkurs zum Bilanzstichtag. Zum Bilanzstichtag betrug der Kurswert der CO₂-Zertifikate 4,91 EUR/t (Börsenkurs EEX vom 30.12.2013). Zum 31.12.2013 besteht keine Unterdeckung.

Die Abgabeverpflichtung gem. § 18 Abs. 1 Emissionszertifikatesgesetz wurde im Geschäftsjahr 2013 für das Kalenderjahr 2012 zur Gänze erfüllt.

Für die Verpflichtung des Kalenderjahres 2013 sind zum Bilanzstichtag ausreichend Zertifikate vorhanden.

Leasing-, Miet- und Pachtverpflichtungen

Im Geschäftsjahr 2013 belaufen sich die Aufwendungen für Leasing-, Miet- und Pachtverträge auf etwa EUR 1,0 Mio. (Vorjahr: EUR 1,3 Mio.). In den Folgejahren sind Aufwendungen in ähnlicher Höhe zu erwarten.

Langfristige Verträge

Für die Bereiche Strom- und Gasbezug bestehen langfristige Verträge in branchenüblichem Umfang. Insbesondere bestehen Bezugsverträge mit dem verbundenen Unternehmen Erdgas Import Salzburg GmbH.

Seit 1.1.2013 besteht ein Pachtvertrag bezüglich des Strom- und Gasnetzes sowie ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Salzburg Netz GmbH. Dieser Vertrag ermöglicht in wirtschaftlich begründeten Fällen eine Rücklagenbildung, im Geschäftsjahr 2013 wurde davon Gebrauch gemacht.

Geschäfte mit nahe stehenden Personen

Mit nahe stehenden Personen bestehen keine Geschäfte, die wesentlich sind und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden.

Außerbilanzielle Geschäfte

Im Zusammenhang mit Gas- sowie Biomassebezugsverträgen bestehen Take-or-pay-Klauseln. Aufgrund der Möglichkeit, überschüssige Lieferungen zu speichern bzw. zu lagern, sowie aufgrund der Ausgestaltung des bestehenden Liefer- und Bezugsportfolios und der Ausgestaltung des Risikomanagements ist gewährleistet, dass es zu keinen wesentlichen Verpflichtungen aus dieser Klausel kommen wird.

Es bestehen langfristige Erklärungen im Zusammenhang mit Kreditaufnahmen verbundener Unternehmen bzw. Beteiligungen. Diesbezüglich hat die Salzburg AG gegenüber Kreditinstituten Erklärungen abgegeben, wonach sie sich verpflichtet, ihren Anteil aufrecht zu erhalten.

Es wurden Patronatserklärungen für Kredite an verbundene Unternehmen über EUR 15 Mio. gewährt, die zum 31.12.2013 zur Gänze ausgenutzt und bereits mit einem Betrag von EUR 2,9 Mio. zurückgezahlt wurden (ausgenutzter Kreditbetrag ist unter den Haftungsverhältnissen ausgewiesen).

Prüfungsleistungen

Die auf das Geschäftsjahr 2013 entfallenen Aufwendungen für den Abschlussprüfer KPMG Austria AG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz, betragen in Summe EUR 166.842,85 (Vorjahr: EUR 154.396,00), wovon EUR 98.500,00 (Vorjahr: TEUR 96) auf die Prüfung des Jahresabschlusses und EUR 68.342,85 (Vorjahr: EUR 58.396,00) auf andere Bestätigungsleistungen entfallen.

Weiters wurde vom Abschlussprüfer für sonstige Leistungen ein Betrag von EUR 56.254,46 (Vorjahr: EUR 27.823,94) verrechnet.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse	2013	2012
Inland	848.812.692,72	938.375.976,61
Ausland	514.610.474,04	538.761.085,16

Die Auslandsumsätze betreffen im Wesentlichen die Umsätze des Energiehandels.

Die Umsätze gliedern sich wie folgt:

	2013	2012
Energie	1.049.276.723,26	1.120.690.652,35
Netze	259.215.284,78	304.335.801,27
Verkehr	49.484.569,88	47.924.647,73
Allgemeiner Bereich	5.446.588,84	4.185.960,42

Im Bereich Netze gilt für das Strom- und das Gasnetz, dass ab 2013 die Umsatzerlöse im Wesentlichen aus dem Pachtentgelt bestehen, während im Vorjahr hier Umsätze aus den Systemnutzungstarifen enthalten waren.

Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen

In dieser Position sind Bestandsveränderungen auf noch nicht abrechenbare Leistungen in Höhe von etwa EUR 0,1 Mio. (Vorjahr: EUR –0,6 Mio.) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge	2013	2012
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	155.104,03	551.493,61
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.844.175,45	125.997,95
Übrige	28.285.130,63	21.626.428,81

Im Posten „Übrige“ sind Zuschüsse in Höhe von rund EUR 18,9 Mio. (Vorjahr: EUR 15,2 Mio.) enthalten.

Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	2013	2012
Materialaufwand	998.670.456,75	1.112.004.357,09
Aufwendungen für bezogene Leistungen	57.947.219,63	48.538.607,10

Der Materialaufwand enthält u.a. sämtliche Strom- und Gasbezugskosten. Weiters sind Gutschriften aufgrund von Gaspreisrevisionen für Vorjahre enthalten.

Personalaufwand	2013	2012
Löhne	6.472.277,09	6.696.182,41
Gehälter	109.635.189,25	110.683.331,77
Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen einschließlich Rückstellungszuführungen u. ä.	4.277.310,26	6.899.011,36
Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich Rückstellungszuführungen u. ä.	15.520.260,46	12.113.329,94
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben und Pflichtbeiträge	31.695.762,60	30.437.599,47
Sonstige Sozialaufwendungen	182.281,30	207.763,29

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

	2013	2012
Abfertigungen:		
Vorstand und Leitende Angestellte	127.874,00	46.536,00
Übrige Arbeitnehmer	4.149.435,26	6.852.475,36
Altersversorgung:		
Vorstand und Leitende Angestellte	925.525,11	1.164.273,00
Übrige Arbeitnehmer	14.594.735,35	10.949.056,94

In den Aufwendungen für Altersversorgung sind sowohl die Zahlungen für pensionierte Dienstnehmer bzw. deren Hinterbliebene als auch die erforderlichen Rückstellungsänderungen (ohne Zinskomponente) und Pensionskassenbeiträge enthalten. Bis zum Geschäftsjahr 2012 erfolgte die Erfassung des Verbrauches von Zeitguthaben vor Pensionierungen im Aufwand für Altersversorgung (nunmehr Gehälter).

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (auf Basis Vollzeitkräfte, ohne Feriapraktikanten) während des Geschäftsjahres betrug 2.030 (im Vorjahr: 2.025); davon 1.887 Angestellte (Vorjahr: 1.874), 143 Arbeiter (Vorjahr: 151). Das Unternehmen beschäftigte im Geschäftsjahr 59 Lehrlinge (Vorjahr: 56).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden EUR 783.068,16 (Vorjahr: EUR 671.524,23) an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen geleistet.

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2013	2012
Steuern, soweit sie nicht unter Z 20 fallen	4.934.833,15	15.726.424,76
Übrige	49.721.036,52	37.879.715,95

Die Steuern, soweit sie nicht unter Z 20 fallen, betreffen u.a. die Erdgas- und die Elektrizitätsabgabe, die Grundsteuer und die Bodenwertabgabe, die Kraftfahrzeugsteuer, die Fremdenverkehrsabgabe sowie die Gebrauchsabgabe. Durch die Umsetzung des Pachtmodells fällt ein Teil der Abgaben nunmehr in der Salzburg Netz GmbH an. Weiters wurde die Vorsorge für eventuelle Erdgas-abgabennachzahlungen in Höhe von EUR 4,5 Mio. entsprechend aufgelöst.

Im Posten „Übrige“ sind u.a. Rechts- und Beratungsaufwendungen, Vorsorgen für Schadensbehebungen und Rückzahlungsverpflichtungen, Reiseaufwandsentschädigungen, Lizenz-, Wartungs- und Servicegebühren sowie Aufwendungen für Versicherungsprämien enthalten.

Erträge aus Beteiligungen

In den Erträgen aus Beteiligungen sind Erträge aus Verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 1.160.849,17 enthalten (Vorjahr EUR 99.800,00).

Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens

In dieser Position sind Erträge aus Ausleihungen an Verbundene Unternehmen in Höhe von EUR 339.476,35 (Vorjahr: EUR 128.374,57) enthalten.

Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen

In dieser Position sind keine Erträge von Verbundenen Unternehmen enthalten (Vorjahr: EUR 17.850,00).

Aufwendungen aus Finanzanlagen

In dieser Position sind im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von EUR 2.045.215,78 (Vorjahr: EUR 8.138.832,16) enthalten. Auf Verbundene Unternehmen entfallen wie im Vorjahr keine Aufwendungen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ist die Zinskomponente der Abfertigungs- und Pensionsrückstellung gemäß den in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthaltenen Parametern ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Gesellschaft ist seit 2006 Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Basierend auf Steuerumlagevereinbarungen wurden Steuerumlagen an die Gruppenmitglieder verrechnet, wobei gem. Steuerumlagevertrag im Geschäftsjahr 2013 positive Umlagen zu 25% des Ergebnisses und negative Umlagen zu 22,5% des Ergebnisses verrechnet wurden. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes ist bei negativen Ergebnisbeiträgen ein Schlussausgleich vorgesehen. Gruppenmitglieder sind die MyElectric Energievertriebs- und -dienstleistungs GmbH (zu 50%), die Datenbahn Technik GmbH, die Erdgas Import Salzburg GmbH, die Salzburg Netz GmbH, die Salzkammergutbahn GmbH, die Salzburg Ökoenergie GmbH, die Objektiva – Internet Voice Advertising GmbH, die WSG Wasser Service GmbH, die ElectroDrive Salzburg GmbH und seit 2013 die EMIL e-Mobility Sharing GmbH (zu 49 %).

Die Körperschaftsteuer beträgt EUR 5.294.137,28 (Vorjahr: EUR 5.496.090,56). Steuerumlagen in Höhe von EUR 642.791,36 (Vorjahr: EUR 159.042,04) wurden der Gesellschaft für das Geschäftsjahr gutgeschrieben und EUR 66.355,64 angelastet (Vorjahr: EUR 27.788,55).

In den Steuern vom Einkommen sind Steuern iHv EUR –203.427,00 aus den Vorjahren (Vorjahr: EUR – 325.437,64) enthalten.

Die Veränderung der un versteuerten Rücklagen führte zu einer Körperschaftsteuermehrbelastung in Höhe von rund EUR 408.800,00 (Vorjahr: Mehrbelastung EUR 465.300,00).

Der in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesene aktivierbare Betrag für aktive latente Steuern gemäß § 198 Abs. 10 UGB beträgt zum 31.12.2013 (ohne Anwendung der Übergangsbestimmung gemäß Art XVI Abs. 3 EU-GesRÄG 1996) rund EUR 38,2 Mio. (Vorjahr: rund EUR 37,7 Mio.). Der für die Berechnung der latenten Steuern angesetzte Steuersatz beträgt 25%.

V. Berichterstattung gemäß § 8 EIWOG

In Umsetzung der Richtlinie 96/92/EG vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt wurde ein Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft neu geregelt wird (EIWOG; BGBl Nr.143 vom 18. August 1998), geschaffen. Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes (EIWOG) wurde das 2. Verstaatlichungsgesetz (BGBl Nr. 81/1947) außer Kraft gesetzt. Per 3. März 2011 ist das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2011 in Kraft getreten. Damit wurde die EU-Richtlinie 2009/72/EG umgesetzt.

Neben den Neuregelungen hinsichtlich der Organisation der Elektrizitätswirtschaft finden sich auch Vorschriften zur Rechnungslegung, inneren Organisation, Entflechtung und Transparenz der Buchführung von Elektrizitätsunternehmen wieder.

Gemäß § 8 Abs. 2 EIWOG haben Elektrizitätsunternehmen eigene Konten im Rahmen von getrennten Rechnungskreisen für ihre Erzeugungs-, Stromhandels- und Versorgungstätigkeiten sowie Übertragungs- und Verteilungstätigkeiten und die sonstigen Tätigkeiten zu führen, die Bilanzen und Ergebnisrechnungen der einzelnen Elektrizitätsbereiche sowie deren Zuweisungsregeln zu veröffentlichen, konsolidierte Konten für ihre Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitätsbereiches zu führen und eine Bilanz und Ergebnisrechnung zu veröffentlichen.

In Umsetzung der gesetzlichen Entflechtungsbestimmungen des EIWOG für Verteilnetzbetreiber und des darauf basierenden § 12 Salzburger Landeselektrizitätsgesetz in der letztgültigen Fassung vom 17. März 2010 (LGBl Nr. 20/2010) wurde die Verteilnetzkonzession von der Salzburg Netz GmbH übernommen. Ab 1. Jänner 2006 wurde der Betrieb basierend auf dem Betriebsführungsvertrag vom 1. Dezember 2005 von der Salzburg Netz GmbH geführt. Dieser Vertrag ist per 31.12.2012 ausgelaufen. Seit 1.1.2013 besteht ein Pachtvertrag mit der Salzburg Netz GmbH.

Dem Bereich Erzeugung und Stromhandel wurden die gesamten Kraftwerksanlagen sowie die Stromhandels- und -vertriebsaktivitäten, dem Bereich Verteilung das gesamte Netz (vom 110 kV-Netz bis zu den Niederspannungsanlagen) zugeordnet. Der Verteilung wurde neben den Netzaufwendungen das Pachtentgelt zugerechnet.

In Bilanz und Ergebnisrechnung erfolgte im Regelfall eine direkte Zuordnung auf die einzelnen Aktivitäten. Dies betrifft insbesondere das Sachanlagevermögen, die Rückstellungen sowie die Baukostenzuschüsse. Alle innerbetrieblichen Leistungsströme wurden durch schriftliche, zwischen den Bereichen vereinbarte Verrechnungsprozesse und -preise verrechnet.

Bereichsübergreifendes Sachanlagevermögen wurde dem überwiegenden Bereich zugeordnet und die anteiligen Kosten durch eine sachgerechte innerbetriebliche Leistungsverrechnung an die übrigen Bereiche weiterverrechnet. In die Bilanz der sonstigen Aktivitäten wurde auch der Zentralbereich aufgenommen.

Die Kapitalzuordnung wurde nach der statischen Methode vorgenommen, wobei die Position Eigenkapital nach den Verhältnissen der Kapitalstruktur des Gesamtunternehmens (ohne Verkehr) zugeteilt wird.

Die sich aus dieser Methodik ergebende Differenz ist nach dem selben Schlüssel auf die Positionen Anleihen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten („Außenfinanzierung“) sowie die Position Kapitalausgleichsposten („Innenfinanzierung“) aufzuteilen. Stellt die Summe dieser Positionen eine Forderung dar, wird sie zur Gänze im Kapitalausgleichsposten dargestellt.

Die Führung des Strom- und Gasnetzes der Salzburg AG obliegt der Salzburg Netz GmbH. Das Eigentum an den Netzen verbleibt in der Salzburg AG.

Mit der MyElectric Energievertriebs- und -dienstleistungs GmbH, der Salzburg Ökoenergie GmbH sowie der Salzburg Netz GmbH wurden im Geschäftsjahr 2013 Geschäfte im Sinne des § 8 Abs. 3 EIWOG getätigt (Stromlieferung bzw. Pachtentgelt).

In Anlage 4 und 5 sind die Bilanz und Ergebnisrechnung für die Bereiche Erzeugung/Stromhandel und Verteilung im Elektrizitätsbereich sowie für die sonstigen Aktivitäten enthalten.

VI. Berichterstattung gemäß § 8 GWG

In Umsetzung der Richtlinie 98/30/EG vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt wurde ein Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Erdgaswirtschaft neu geregelt wird (GWG; BGBl Nr.121/2000 vom 1. Dezember 2000), geschaffen. Per 22. November 2011 ist das Gaswirtschaftsgesetz 2011 in Kraft getreten. Damit wurde die EU-Richtlinie 2009/73/EG umgesetzt.

Neben den Neuregelungen hinsichtlich der Organisation der Gaswirtschaft finden sich auch Vorschriften zur Rechnungslegung, inneren Organisation, Entflechtung und Transparenz der Buchführung von Elektrizitätsunternehmen wieder.

Gemäß § 8 Abs. 2 GWG haben Erdgasunternehmen eigene Konten im Rahmen von getrennten Rechnungskreisen für ihre Erdgasfernleitungs-, -verteilungs- und -speichertätigkeiten und die sonstigen Tätigkeiten zu führen, die Bilanzen und Ergebnisrechnungen der einzelnen Erdgasbereiche sowie deren Zuweisungsregeln zu veröffentlichen, konsolidierte Konten für ihre Tätigkeiten außerhalb des Erdgasbereiches zu führen und eine Bilanz und Ergebnisrechnung zu veröffentlichen.

In Umsetzung der gesetzlichen Entflechtungsbestimmungen des GWG für Verteilnetzbetreiber wurde die Verteilnetzkonzession von der Salzburg Netz GmbH übernommen. Ab 1. Jänner 2006 wurde der Betrieb basierend auf dem Betriebsführungsvertrag vom 1. Dezember 2005 von der Salzburg Netz GmbH geführt. Dieser Vertrag ist per 31.12.2012 ausgelaufen. Seit 1.1.2013 besteht ein Pachtvertrag mit der Salzburg Netz GmbH.

Dem Bereich Gashandel wurden Gashandels- und -vertriebsaktivitäten, dem Bereich Verteilung das gesamte Netz zugeordnet. Der Verteilung wurde neben den Netzaufwendungen das Pachtentgelt zugerechnet.

Es wurden dieselben Zuteilungsregeln angewandt, die auch für das EIWOG gelten (siehe Punkt V).

Die Führung des Strom- und Gasnetzes der Salzburg AG obliegt der Salzburg Netz GmbH. Das Eigentum an den Netzen verbleibt in der Salzburg AG.

Mit der Erdgas Import Salzburg GmbH, der E.ON Austria GmbH, der MyElectric Energievertriebs- und -dienstleistungs GmbH sowie der Salzburg Netz GmbH wurden im Geschäftsjahr 2013 Geschäfte im Sinne des § 8 Abs. 3 GWG getätigt (Gasbezugs- und Gaslieferungsgeschäfte bzw. Pachtentgelt).

In Anlage 6 und 7 sind die Bilanz und Ergebnisrechnung für die Bereiche Gas-handel und Verteilung im Erdgasbereich sowie für die sonstigen Aktivitäten enthalten.

VII. Ergänzende Angaben

Als Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr und bis zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung waren bestellt:

Mag. August Hirschbichler (Vorstandssprecher), Dr. Leonhard Schitter, M.A.

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2013 aus folgenden Mitgliedern: Mag. David Brenner (Vorsitzender; bis 05.02.2013); MMag. Dr. Georg Maltschnig (Vorsitzender ab 11.04.2013 bis 25.06.2013); Dipl.-Ing. (BA) Christian Struber, MBA (Vorsitzender seit 28.06.2013); Dr. Heinz Schaden (1. Vorsitzender-Stellvertreter); Dkfm. Dr. Leo Windtner (2. Vorsitzender-Stellvertreter); Mag. Dr. Erich Entstrasser (seit 11.04.2013); Dr. Martin Panosch (bis 17.09.2013); Mag. Gerhard Schmidt (bis 27.06.2013); Hans Mayr (seit 28.06.2013); Mag. Anja Hagenauer (seit 27.09.2013); Dipl.-Ing. Harald Preuner; Dr. Astrid Rössler (seit 28.06.2013); Mag. Hans Scharfetter; KommR Ing. DDR. Werner Steinecker, MBA.

Vom Betriebsrat entsandt: Ing. Dipl.-WIng. (FH) Johann Grünwald; Gottfried Leitner; Erich Ribitsch (bis 10.12.2013); Judith Ungerer MTD (seit 21.03.2013); Wolfgang Wagner; Wilhelm Wallinger (bis 28.02.2013).

BESTÄTIGUNGSVERMERK BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation, Salzburg

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2013, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010 und des Gaswirtschaftsgesetzes (GWG) 2011 vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. der Hinterbliebenen beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf EUR 482.545,78 (Vorjahr: EUR 467.914,17). Die Aufsichtsratsvergütungen betragen im Berichtszeitraum EUR 23.143,63 (Vorjahr: EUR 23.904,00).

Salzburg, am 18. März 2014

Der Vorstand:

Mag. Hirschbichler

Dr. Schitter

Anlage 1: Entwicklung des Anlagevermögens
Anlage 2: Entwicklung der Unversteuerten Rücklagen
Anlage 3: Entwicklung der Investitionszuschüsse
Anlage 4: Bilanz gemäß § 8 ELWOG
Anlage 5: Ergebnisrechnung gemäß § 8 ELWOG
Anlage 6: Bilanz gemäß § 8 GWG
Anlage 7: Ergebnisrechnung gemäß § 8 GWG
Anlage 8: Beteiligungsspiegel

es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Linz, am 18. März 2014

KPMG Austria AG
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Michael Ahammer
Wirtschaftsprüfer

ppa Mag. Maximilian Gabriel
Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Landes- als Handelsgericht unter FM 51350 x eingetragen. Der am 18. März 2014 festgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2013 der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation wird samt den dazugehörigen Unterlagen beim Firmenbuch eingereicht.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS (Anlage 1)

	Anschaffungs- werte Stand 1.1.2013	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Anschaffungs- werte Stand 31.12.2013	Abschreibungen kumuliert	Restbuchwert 31.12.2013	Abschrei- bungen im Geschäftsjahr Z=Zuschreibung	Restbuchwert 31.12.2012
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Energiebezugsrechte	70.813.809,84	0,00	0,00	0,00	70.813.809,84	66.368.283,94	4.445.525,90	1.727.134,82	6.172.660,72
2. Sonstige Rechte	16.524.391,85	0,00	721.870,82	1.018.785,63	16.821.306,66	16.019.644,15	801.662,51	4.682.799,74	4.465.676,62
3. Anzahlungen immaterielle Vermögensgegenstände	1.018.785,63	0,00	0,00	-1.018.785,63	0,00	0,00	0,00	0,00	1.018.785,63
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	88.356.987,32	0,00	721.870,82	0,00	87.635.116,50	82.387.928,09	5.247.188,41	6.409.934,56	11.657.122,97
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke	38.015.047,10	360.635,34	3.875,60	0,00	38.371.806,84	1.543.800,51	36.828.006,33	0,00	36.471.246,59
2. Bauten	464.913.988,29	6.300.842,73	49.795,25	13.746.246,37	484.911.282,14	325.873.305,04	159.037.977,10	10.134.565,65	149.126.047,40
								Z 0,00	
3. Wasserbauliche Anlagen	362.601.065,16	4.927.996,88	0,00	31.130.030,69	398.659.092,73	251.298.988,50	147.360.104,23	6.152.281,31	117.454.357,97
								Z 0,00	
4. Maschinelle und elektrische Anlagen	917.539.796,44	38.075.966,60	2.993.776,70	19.688.010,93	972.309.997,27	697.482.280,88	274.827.716,39	33.061.087,69	250.178.076,15
								Z 22,54	
5. Leitungen	1.263.263.140,89	29.672.673,49	821.253,85	3.864.988,23	1.295.979.548,76	902.083.110,61	393.896.438,15	31.360.406,40	391.723.668,04
								Z 476,71	
6. Fahrzeuge und Fahrbetriebsmittel	138.238.980,84	2.505.634,20	1.829.115,97	1.481.926,55	140.397.425,62	98.130.462,87	42.266.962,75	7.181.762,49	45.641.020,32
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.954.734,14	1.954.693,65	646.372,69	-190.072,94	42.072.982,16	36.549.794,20	5.523.187,96	1.973.760,93	5.622.723,19
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	76.406.494,33	18.654.054,35	290.712,84	-69.721.129,83	25.048.706,01	0,00	25.048.706,01	0,00	76.406.494,33
Summe Sachanlagen	3.301.933.247,19	102.452.497,24	6.634.902,90	0,00	3.397.750.841,53	2.312.961.742,61	1.084.789.098,92	* 89.863.864,47	1.072.623.633,99
								Z 499,25	
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	8.667.905,32	999.365,00	0,00	527.150,00	10.194.420,32	222.950,00	9.971.470,32	0,00	8.650.755,32
2. Beteiligungen	72.666.566,35	6.184.615,78	252.541,74	-527.150,00	78.071.490,39	19.790.029,08	58.281.461,31	2.045.215,78	54.715.953,05
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	72.828.477,07	0,00	25.472,75	0,00	72.803.004,32	5.431.891,54	67.371.112,78	0,00	67.395.137,41
4. Sonstige Ausleihungen	6.184.026,14	12.064.578,32	1.001.912,20	0,00	17.246.692,26	1.378.938,95	15.867.753,31	0,00	4.805.087,19
Summe Finanzanlagen	160.346.974,88	19.248.559,10	1.279.926,69	0,00	178.315.607,29	26.823.809,57	151.491.797,72	2.045.215,78	135.566.932,97
Summe Anlagevermögen	3.550.637.209,39	121.701.056,34	8.636.700,41	0,00	3.663.701.565,32	2.422.173.480,27	1.241.528.085,05	* 98.319.014,81	1.219.847.689,93
								Z 499,25	

* davon außerplanmäßige Abschreibung EUR 10.341.150,02 und davon entfallen auf immaterielle Vermögensgegenstände EUR 4.511.506,91; Sachanlagen EUR 5.829.643,11

ENTWICKLUNG UNVERSTEUERTER RÜCKLAGEN (Anlage 2)

	Stand 1.1.2013	Zuführungen	Auflösungen	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Energiebezugsrechte	2.681.896,04	0,00	566.520,49	0,00	0,00	2.115.375,55
Sonstige Rechte	6.786,32	0,00	488,42	0,00	0,00	6.297,90
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	2.688.682,36	0,00	567.008,91	0,00	0,00	2.121.673,45
Sachanlagen						
Grundstücke	6.630.364,75	0,00	0,00	0,00	0,00	6.630.364,75
Bauten	2.244.273,15	0,00	109.413,82	0,00	865.642,48	3.000.501,81
Wasserbauliche Anlagen	4.046.836,47	0,00	79.855,85	0,00	2.244.286,62	6.211.267,24
Maschinelle und elektrische Anlagen	11.159.948,30	0,00	374.956,68	0,00	1.225.648,13	12.010.639,75
Leitungen	20.558.538,12	0,00	194.185,75	0,00	18.089,41	20.382.441,78
Fahrzeuge und Fahrbetriebsmittel	2.865.488,03	0,00	154.537,71	241,10	5.339,59	2.716.048,81
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	668.712,69	0,00	112.677,92	16.426,02	533,39	540.142,14
Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	4.385.578,60	0,00	26.038,98	0,00	-4.359.539,62	0,00
Summe Sachanlagen	52.559.740,11	0,00	1.051.666,71	16.667,12	0,00	51.491.406,28
Finanzanlagen						
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe unversteuerte Rücklagen	55.248.422,47	0,00	1.618.675,62	16.667,12	0,00	53.613.079,73

ENTWICKLUNG DER INVESTITIONSZUSCHÜSSE (Anlage 3)

	Stand 1.1.2013	Zuführungen	Auflösungen	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Energiebezugsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Rechte	89.018,00	0,00	25.437,00	0,00	0,00	63.581,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	89.018,00	0,00	25.437,00	0,00	0,00	63.581,00
Sachanlagen						
Grundstücke	51.199,93	0,00	0,00	0,00	0,00	51.199,93
Bauten	46.990.822,00	1.279.895,46	1.969.707,46	0,00	0,00	46.301.010,00
Wasserbauliche Anlagen	24.500,00	1.819.130,08	36.958,08	0,00	0,00	1.806.672,00
Maschinelle und elektrische Anlagen	44.633.749,00	3.603.837,71	4.754.163,71	0,00	0,00	43.483.423,00
Leitungen	8.429.233,00	5.949.480,74	1.760.325,74	0,00	20.000,00	12.638.388,00
Fahrzeuge und Fahrbetriebsmittel	12.100.956,00	2.276.002,72	1.756.323,72	0,00	0,00	12.620.635,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	52.000,00	5.200,00	0,00	0,00	46.800,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
noch nicht auf Anlagen übertragene Subventionen	1.044.980,40	3.137.895,93	0,00	339.000,00	-20.000,00	3.823.876,33
Summe Sachanlagen	113.275.440,33	18.118.242,64	10.282.678,71	339.000,00	0,00	120.772.004,26
Finanzanlagen						
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Investitionszuschüsse	113.364.458,33	18.118.242,64	10.308.115,71	339.000,00	0,00	120.835.585,26

BILANZ GEMÄSS § 8 ELWOG ZUM 31.12.2013 (Anlage 4)

Aktiva	Erzeugung und Stromhandel	Verteilung	Sonstiges	Gesamt
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.445.525,90	399.600,00	402.062,51	5.247.188,41
II. Sachanlagen	384.575.450,04	237.571.472,61	462.642.176,27	1.084.789.098,92
III. Finanzanlagen	8.591.889,50	47.751.103,27	95.148.804,95	151.491.797,72
	397.612.865,44	285.722.175,88	558.193.043,73	1.241.528.085,05
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	7.857.184,86	2.386.008,11	53.709.076,57	63.952.269,54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34.505.018,46	4.660.726,69	34.047.093,08	73.212.838,23
III. Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	17.496.443,04	2.526.599,53	11.862.210,59	31.885.253,16
	59.858.646,36	9.573.334,33	99.618.380,24	169.050.360,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	1.603.815,53	0,00	57.475,47	1.661.291,00
Summe Aktiva	459.075.327,33	295.295.510,21	657.868.899,44	1.412.239.736,98
Passiva				
A. Eigenkapital	145.153.006,48	93.368.187,21	149.428.343,55	387.949.537,24
B. Unversteuerte Rücklagen	60.648.249,24	16.966.870,56	96.833.545,18	174.448.664,98
C. Baukostenzuschüsse	306.085,01	117.214.857,35	49.550.973,14	167.071.915,50
D. Rückstellungen	32.709.106,00	172.223.918,41	119.921.982,04	324.855.006,45
E. Verbindlichkeiten	137.795.880,20	4.325.826,83	212.682.578,29	354.804.285,32
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	3.110.327,49	3.110.327,49
G. Kapitalausgleichsposten	82.463.000,42	-108.804.150,15	26.341.149,73	0,00
Summe Passiva	459.075.327,35	295.295.510,21	657.868.899,42	1.412.239.736,98

ERGEBNISRECHNUNG GEMÄSS § 8 ELWOG FÜR 2013 (Anlage 5)

	Erzeugung und Stromhandel	Verteilung	Sonstiges	Gesamt
1. Umsatzerlöse	748.356.631,88	109.392.624,40	505.673.910,48	1.363.423.166,76
2. Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen	557.887,14	6.500.214,55	6.329.650,82	13.387.752,51
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.258.727,21	2.785.919,33	23.239.763,57	30.284.410,11
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-660.003.385,21	-12.504.755,24	-384.109.535,93	-1.056.617.676,38
5. Personalaufwand	-19.709.395,93	-45.938.008,72	-102.135.676,31	-167.783.080,96
6. Abschreibungen	-22.841.172,76	-23.507.694,38	-39.616.816,18	-85.965.683,32
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.138.557,03	-3.126.668,41	-46.390.644,23	-54.655.869,67
8. Leistungsverrechnung	-17.419.321,11	-25.118.507,14	42.537.828,25	0,00
9. Zwischensumme aus Z 1 bis Z 8 (Betriebserfolg)	28.061.414,19	8.483.124,39	5.528.480,47	42.073.019,05
10. Erträge aus Beteiligungen	243.662,16	0,00	9.867.113,23	10.110.775,39
11. Sonstiges Finanzergebnis	-2.219.641,05	-1.564.883,50	-5.645.324,15	-9.429.848,70
12. Zwischensumme aus Z 10 bis Z 11 (Finanzerfolg)	-1.975.978,89	-1.564.883,50	4.221.789,08	680.926,69
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26.085.435,30	6.918.240,89	9.750.269,55	42.753.945,74

BILANZ GEMÄSS § 8 GWG ZUM 31.12.2013 (Anlage 6)

Aktiva	Gashandel	Verteilung	Sonstiges	Gesamt
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	155.953,20	5.091.235,21	5.247.188,41
II. Sachanlagen	0,00	87.034.051,43	997.755.047,49	1.084.789.098,92
III. Finanzanlagen	311.735,93	2.246.689,18	148.933.372,61	151.491.797,72
	311.735,93	89.436.693,81	1.151.779.655,31	1.241.528.085,05
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	45.133.242,00	350.902,40	18.468.125,14	63.952.269,54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.950.395,25	916.273,79	59.346.169,19	73.212.838,23
III. Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	7.042.126,33	497.881,75	24.345.245,08	31.885.253,16
	65.125.763,58	1.765.057,94	102.159.539,41	169.050.360,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten	46.400,71	0,00	1.614.890,29	1.661.291,00
Summe Aktiva	65.483.900,22	91.201.751,75	1.255.554.085,01	1.412.239.736,98
Passiva				
A. Eigenkapital	20.705.066,09	28.836.680,33	338.407.790,82	387.949.537,24
B. Unversteuerte Rücklagen	0,00	887.410,12	173.561.254,86	174.448.664,98
C. Baukostenzuschüsse	0,00	22.115.736,37	144.956.179,13	167.071.915,50
D. Rückstellungen	1.363.970,05	8.145.684,00	315.345.352,40	324.855.006,45
E. Verbindlichkeiten	45.077.246,66	17.387.318,26	292.339.720,40	354.804.285,32
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	3.110.327,49	3.110.327,49
G. Kapitalausgleichsposten	-1.662.382,58	13.828.922,67	-12.166.540,09	0,00
Summe Passiva	65.483.900,22	91.201.751,75	1.255.554.085,01	1.412.239.736,98

ERGEBNISRECHNUNG GEMÄSS § 8 GWG FÜR 2013 (Anlage 7)

	Gashandel	Verteilung	Sonstiges	Gesamt
1. Umsatzerlöse	300.920.091,38	21.234.065,03	1.041.269.010,35	1.363.423.166,76
2. Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.427.417,69	11.960.334,82	13.387.752,51
3. Sonstige betriebliche Erträge	642.383,08	173.331,52	29.468.695,51	30.284.410,11
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-326.971.040,74	-2.741.533,46	-726.905.102,18	-1.056.617.676,38
5. Personalaufwand	0,00	-1.032.751,00	-166.750.329,96	-167.783.080,96
6. Abschreibungen	-4.605.904,78	-4.085.864,96	-77.273.913,58	-85.965.683,32
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.032.241,28	-250.048,84	-53.373.579,55	-54.655.869,67
8. Leistungsverrechnung	27.957.353,53	-10.546.847,92	-17.410.505,61	0,00
9. Zwischensumme aus Z 1 bis Z 8 (Betriebserfolg)	-3.089.358,81	4.177.768,06	40.984.609,80	42.073.019,05
10. Erträge aus Beteiligungen	88.583,94	0,00	10.022.191,45	10.110.775,39
11. Sonstiges Finanzergebnis	-7.391,23	-501.038,65	-8.921.418,82	-9.429.848,70
12. Zwischensumme aus Z 10 bis Z 11 (Finanzerfolg)	81.192,71	-501.038,65	1.100.772,63	680.926,69
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.008.166,10	3.676.729,41	42.085.382,43	42.753.945,74

BETEILIGUNGEN DER SALZBURG AG MIT EINEM ANTEIL VON MINDESTENS 20 % PER 31.12.2013 (Anlage 8)

Gesellschaft, Sitz	Gesellschaftskapital EUR	Anteil an der Gesellschaft %	Anteil an der Gesellschaft EUR	Eigenkapital der Gesellschaft EUR	Letztes Jahresergebnis EUR	Jahresabschluss zum
Verbundene Unternehmen						
Datenbahn Technik GmbH, Salzburg	145.345,67	100,00	145.345,67	174.345,19	3.360,73	31.12.2013
ElectroDrive Salzburg GmbH, Salzburg	35.000,00	100,00	35.000,00	56.796,55	8.190,54	31.12.2013
Erdgas Import Salzburg GmbH, Salzburg	36.336,42	100,00	36.336,42	151.486,33	20.034,55	31.12.2013
Future Energy GmbH, Salzburg	35.000,00	100,00	35.000,00	8.348.549,15	134.792,87	31.12.2013
Objektiva – Internet Voice Advertising GmbH, Salzburg	35.000,00	100,00	35.000,00	76.641,13	4.347,57	31.12.2013
Salzburg Netz GmbH, Salzburg	35.000,00	100,00	35.000,00	1.984.025,95	1.521.957,53	31.12.2013 2)
Salzburg Ökoenergie GmbH, Salzburg	35.000,00	100,00	35.000,00	152.536,62	40.198,18	31.12.2013 2)
WSG Wasser Service GmbH, Salzburg	35.000,00	100,00	35.000,00	276.036,66	327.861,38	31.12.2013
Salzkammergutbahn GmbH, St. Wolfgang im Salzkammergut	35.000,00	99,80	34.930,00	2.639.887,19	140.117,88	31.12.2013 2)
Sonstige Beteiligungen						
Berchtesgadener Land Bahn GmbH, Freilassing	25.000,00	50,00	12.500,00	-1.781.312,43	-207.158,28	31.12.2013 2)
conova communications GmbH, Salzburg	36.336,41	50,00	18.168,21	290.531,61	87.507,12	31.12.2013
MyElectric Energievertriebs- und -dienstleistungs GmbH, Wien	200.000,00	50,00	100.000,00	3.496.012,14	1.477.372,30	31.12.2013 2)
The Mobility House Austria GmbH, Salzburg	36.000,00	50,00	18.000,00	3.878,82	2.168,25	31.12.2013
Wasserkraft Fritzbach GmbH, Salzburg	35.000,00	50,00	17.500,00	6.028.188,15	-6.811,85	31.12.2013
ALBUS Salzburg Verkehrsbetrieb GmbH, Salzburg	36.000,00	49,00	17.640,00	1)	1)	
EMIL e-Mobility Sharing GmbH, Salzburg	35.000,00	49,00	17.150,00	1)	1)	
Holzwärme Altenmarkt GmbH, Altenmarkt	35.000,00	49,00	17.150,00	1)	1)	
Bioenergie Neumarkt GmbH, Neumarkt	35.000,00	48,00	16.800,00	1)	1)	
Kraftwerk Dientenbach GmbH, Salzburg	36.000,00	33,33	12.000,00	1)	1)	
GRASKRAFT Steindorf reg.Gen.m.b.H., Straßwalchen	81.000,00	30,86	25.000,00	1)	1)	
GRASKRAFT Reitbach reg.Gen.m.b.H., Eugendorf	332.000,00	30,12	100.000,00	1)	1)	
Biogaz ZEMKA GmbH, Zell am See	35.000,00	24,90	8.715,00	1)	1)	
E.ON Austria GmbH, Wien	1.000.000,00	24,90	249.000,00	7.005.413,17	-1.945.959,71	31.12.2013
RAG-Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Maria Enzersdorf	193.786,67	10,00	19.378,67	427.357.786,37	70.023.242,89	31.03.2013

1) Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 241(2) UGB
2) vorläufiger Abschluss

ERSCHEINUNGSTERMINE SALZBURGER LANDESZEITUNG 2014

Nr.	Redaktionsschluss	Erscheinungsdatum
	2014	
16	Freitag, 08. August 2014	Dienstag, 19. August 2014
17	Freitag, 22. August 2014	Dienstag, 02. September 2014
18	Freitag, 05. September 2014	Dienstag, 16. September 2014
19	Freitag, 26. September 2014	Dienstag, 07. Oktober 2014
20	Freitag, 10. Oktober 2014	Dienstag, 21. Oktober 2014
21	Freitag, 24. Oktober 2014	Dienstag, 04. November 2014
22	Freitag, 07. November 2014	Dienstag, 18. November 2014
23	Freitag, 21. November 2014	Dienstag, 02. Dezember 2014
24	Freitag, 05. Dezember 2014	Dienstag, 16. Dezember 2014
	2015	
1	Freitag, 09. Jänner 2015	Dienstag, 20. Jänner 2015

Werben auf Salzburgs
bester Adresse

SALZBURG.AT

Ideal für:

- » Tourismus & Freizeitwirtschaft
- » KfZ-Handel & Transportunternehmen
- » Banken & Versicherungen
- » Immobilienmakler & Bauträger
- » Industrie & Gewerbe

**ab € 300,-
pro Jahr**

Preise und Info unter:

www.salzburg.at/werben.html,
per E-Mail office@webworks.at
oder per Telefon
0662/45 06 27 (WEBWORKS)



Salzburg auf Mausklick

Täglich das Neueste aus
dem Land Salzburg?

Auf der Website des Landes Salzburg www.salzburg.gv.at
finden Sie aktuelle Pressemeldungen und Online-Videos,
aber auch umfassende Informationen aus allen Bereichen
der Landespolitik und Verwaltung.

Landes-Medienzentrum
Information, Kommunikation, Marketing
Tel. (0662) 8042 DW 3181
Fax (0662) 8042 DW 2161



Sie wünschen – wir liefern

Hunderte Produkte auf
www.salzburg.gv.at/landversand

Mehr als 1.500 Produkte des Landes (Broschüren, Folder, DVDs, „Salzburg Laden“-Artikel wie Schirm, Rucksack etc.) können auf der Webshop-Plattform „LandVersand“ per Mausclick rasch und unkompliziert bestellt und zumeist auch gleich heruntergeladen werden. Mehr als 90 Prozent aller Produkte sind – ebenso wie der Versand – kostenlos. Kostenpflichtige Angebote können bequem über einen Warenkorb bestellt und per Rechnung oder gleich online bezahlt werden.

Landes-Medienzentrum
Information, Kommunikation,
Marketing
Tel. (0662) 8042 DW 2026
Fax (0662) 8042 DW 3170



Impressum

Medieninhaber: Land Salzburg • **Herausgeber:** Landes-Medienzentrum, vertreten durch prov. Leiterin Chefredakteurin Mag. Karin Gföllner, • **Leitung des amtlichen Teils (vierzehntäglich):** Anna Esl • **Alle Chiemseehof, 5010 Salzburg, Telefon 0662/8042-2048** • **E-Mail:** landesmedienzentrum@salzburg.gv.at • **Gestaltung:** Grafik des Landes Salzburg

Offenlegung gem. §25 Mediengesetz

Medieninhaber: Land Salzburg (100%) • **Blattlinie:** Amtsblatt der Behörden, Ämter und Gerichte Salzburgs